

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

„Radikal, bis das große Ziel erreicht ist“

Otto Brenner hat unter dem Titel „Gewerkschaft und Gesellschaft“ in der *Saarbrücker Allgemeinen Zeitung* (Nr. 200), die in einer „Tribüne der Woche“ bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu Wort kommen läßt, einen Aufsatz veröffentlicht, den wir — als Beitrag zur Diskussion über Grundsatzprogramm und gewerkschaftspolitische Zielsetzung — an dieser Stelle ungekürzt wiedergeben möchten:

„Der amerikanische Präsident *John F. Kennedy* hat in seiner Ansprache an den Gewerkschaftstag der IG Bau, Steine, Erden von der Aufgabe gesprochen, eine freie fortschrittliche Gesellschaft zu entwickeln, in der die Früchte des Fortschritts, die Früchte der Produktion durch die Gewerkschaften gleichmäßig und gerecht an die Bevölkerung verteilt werden könnten, und zwar nicht durch einen Führer, sondern durch das Volk selbst. Das sind bemerkenswerte Sätze, mit denen der ame-

rikanische Präsident in Berlin — und nicht zum ersten Male — die Rolle und Bedeutung freier Gewerkschaften in einer wahrhaft demokratischen Gesellschaft unterstrichen und anerkannt hat.

Gerade in dieser Beziehung fehlt es in der Bundesrepublik bei den Verantwortlichen noch allzuoft an einer klaren Einstellung. Die Demokratie ist für sie eine rein politische Konstruktion, in der sich für die Organisationen der Arbeitnehmer kein richtiger Platz findet. Daraus ergibt sich weiter, daß bei uns die Demokratisierung der Gesellschaft, von der Kennedy als einer notwendigen Entwicklung spricht, viel zu eng verstanden wird. Sie soll in keinem Fall zu einer Demokratisierung der Wirtschaft und des Soziallebens, über die politische Sphäre hinaus, führen. Daß die Gewerkschaften, wie der amerikanische Präsident meint, die Früchte des Fortschritts und der Produktion verteilen, daß sie also die wirtschaftliche Mitbestimmung der arbeitenden Menschen verwirklichen sollen, ist für allzu viele in unserem Lande ein ketzerischer Gedanke.

Wer sich dies vor Augen hält, der muß unausweichlich zu der Erkenntnis kommen, daß in der Bundesrepublik in dem Verhältnis der Staatsgewalt zu den Gewerkschaften etwas noch nicht ganz in Ordnung ist. Das liegt jedoch nicht etwa daran, daß sich die Gewerkschaften aus einer überholten Tradition nicht in unsere Gesellschaft einfügen können. Diesen Vorwurf macht man ja besonders der Industriegewerkschaft Metall. Es beruht vielmehr darauf, daß die landläufige Auffassung von Demokratie bei uns der gesellschaftlichen Wirklichkeit und den Erfordernissen demokratischer Entwicklung nicht länger gerecht wird. Vergleiche mit anderen Ländern liefern dafür auf Schritt und Tritt Beweise. Hier sei noch ein weiteres Beispiel angeführt, wie selbst in den USA, dem vielgerühmten Land der freien Unternehmerwirtschaft, wirtschaftliche Erkenntnisse, die sich unausweichlich aus der technischen Revolution unserer Zeit ergeben, Eingang in das Denken und Handeln der Politiker finden. Wie weit wir damit in der Bundesrepublik noch zurück sind, weiß ein jeder.

Im vergangenen Jahr erklärte *Richard Hughes*, der Gouverneur des Staates New Jersey, vor dem Kongreß der Automobilarbeitergewerkschaft, es bestehe in den USA Einverständnis darüber, daß die Folgen der Automation nicht den hilflosen Arbeitnehmern zur Last fallen dürften. Arbeitgeber und Gemeinschaft müßten sich in die Last teilen, als freiwilliger Preis für die ihnen allen zukommenden Vorteile. Zur Wirtschaftsplanung bemerkte der Gouverneur, dessen Worte ins Stammbuch unserer Politiker, allen voran des Bundeswirtschaftsministers und Kanzlerkandidaten *Prof. Erhard*, eingetragen werden sollten:

„Unser traditionelles Denken, das durch die Wirtschaftssysteme totalitärer Regierungen etwas verzerrt ist, verbindet Planung mit der Aufopferung der Freiheit an einen allmächtigen Staat. Wir sollten uns die Erfahrungen mit der neuen privaten und öffentlichen Planung in den europäischen Demokratien zunutze machen. Wenn wir uns von der lähmenden Vorstellung frei machen können, daß Planung ein schlechtes Konzept ist — wie wir das bereits bei der Planung in den Gemeinden und in der Privatwirtschaft getan haben —, dann werden wir einen entscheidenden Schritt vorwärts machen, um (wirtschaftliche) Tüchtigkeit in den Dienst der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit zu stellen.“

Wir sehen also, wie die verantwortlichen Politiker befreundeter Länder Vorstellungen Ausdruck geben, die auch im Konzept der deutschen Gewerkschaften eine wichtige Rolle spielen: Mitbestimmung und Wirtschaftsplanung. Sie tun das gewiß nicht, weil sie eingefleischte „Radikale“ oder Sozialisten sind, sondern weil sie erkannt haben, daß die zweite industrielle Revolution mit ihren Begleiterscheinungen die Verwirklichung des von den Gewerkschaften von jeher vertretenen Konzepts einer demokratischen Wirtschafts- und Sozialordnung zu einer Lebensfrage für jede freie, demokratische Gesellschaft werden läßt.

Von dieser Warte aus muß die Haltung der deutschen Arbeitgeber und vieler Politiker gegenüber den Gewerkschaften, besonders der Industriegewerkschaft Metall, beurteilt werden. Die große Tarifbewegung in der Metallindustrie Baden-Württembergs hat erst vor wenigen Monaten deutlich bewiesen, daß weder unsere gewerkschaftlichen Grundsätze noch unsere gewerkschaftliche Aktivität überholt sind. Überholt, der gesellschaftlichen Realität unserer Zeit nachhinkend, sind dagegen die Vorstellungen und Methoden der metallindustriellen Arbeitgeber. Sie haben wirtschaftliche Gründe vorgeschoben, obwohl es ihnen in Wirklichkeit um eine Machtprobe ging. Sie haben zuerst die Forderungen der IG Metall abgelehnt, um sich dann erst im Schutze des Staates zu einer wirtschaftlich tragbaren Lösung bereitzufinden. Sie haben auf einen Schwerpunktstreik, der erst durch ihre Weigerung, überhaupt ein vernünftiges Gegenangebot zu machen, heraufbeschworen wurde, mit der totalen Aussperrung geantwortet und damit ein letzten Endes politisches Kampfmittel aus der von ihnen so oft zitierten Mottenkiste des Klassenkampfes wieder hervorgeholt. Mit einem Satz, sie haben erneut gezeigt, daß ihre Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Demokratie weltweit verschieden von der unseren — und von der demokratischer Politiker in anderen Ländern — ist.

Radikal sein heißt nichts anderes, als den Dingen auf den Grund zu gehen und die ge-

seilschaftlichen Verhältnisse zu menschenwürdigen Verhältnissen für alle zu gestalten. In diesem Sinne ist die Gewerkschaftsbewegung, ist die Industriegewerkschaft Metall immer radikal gewesen und wird sie radikal bleiben, bis das große Ziel erreicht ist. Der Mensch, der arbeitende Mensch, muß endlich in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen Geschehens treten. Dann erst wird er nicht mehr abhängig von blinden gesellschaftlichen Kräften sein, sondern Beherrscher aller jener technischen Wunderwerke, die er selber schafft und die gleichwohl heute als schreckliche, alles zerstörende Macht scheinbar selbständig und unkontrollierbar über ihm thronen. Erst dann wird schließlich auch jene Gesellschaft der Freien und Gleichen verwirklicht werden, die Präsident Kennedy als erstrebenswertes Ziel bezeichnet, während sie den deutschen Arbeitgebern lediglich als Schreckgespenst vor Augen zu stehen scheint. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist der festen Überzeugung, daß, allen Widerständen zum Trotz, die von ihr und den demokratischen Kräften vertretene Sache siegen und eine überholte konservative Anschauung sich in der demokratischen Wirklichkeit jener Gesellschaft auflösen wird, in der die Früchte des Fortschritts und der Produktion gerecht und gleichmäßig allen Menschen zukommen.“

„So gewinnt man den Kampf gegen den Kommunismus nicht!“

Über „Die Wahrheit von Saigon“ hat der bekannte Schweizer Publizist Dr. *Hans Fleig* in der *Zürcher Woche* (Nr. 36 vom 6. September 1963) einen Aufsatz veröffentlicht, der von so grundsätzlicher Bedeutung ist, daß wir ihn unseren Lesern vermitteln möchten:

„*John F. Kennedy* mußte dieser Tage seinen Mitbürgern schonend ein Stück liebgeordnete Weltanschauung demontieren. Auf Millionen amerikanischer Bildschirme nahm der Präsident erstmals öffentlich Stellung zum politischen Trümmerhaufen, den die von den Amerikanern hochgepöppelte Ngo-Clique im südlichen Teil Vietnams angerichtet hat. Die Saigoner Regierung habe ‚sehr unklug‘ gehandelt, als sie Repressalien gegen die Buddhisten ergriff, und Ngo Dinh Diem habe ‚in den letzten zwei Monaten den Kontakt mit dem Volk etwas verloren‘, sagte das Präsidentenbild mit gepreßter Stimme. ‚Wir glauben nicht, daß man auf diese Weise den Kampf gegen den Kommunismus gewinnen kann.‘

Das war der entscheidende Satz, und der einzige, der die ganze Wahrheit sagte. Alles andere war eine Zuckerwasserversion, eine auf schön geschminkte Leichenschau der rasanten Niederlage, die das Ergebnis von genau zehn Jahren amerikanischer Vietnam-Politik ist. In diesen zehn Jahren hat Amerika Milliarden von Dollar in Südvietnam verlor, nämlich ge-

nau eine Million Dollar pro Tag. Um ein Regime zu finanzieren, das zum Übelsten gehört, was es auf dieser Welt gibt: ein Regime katholischer Feudalherren, die sich den Teufel um die Volksmeinung kümmern; die ein Millionenvolk in Sklaverei halten: Tausende und Zehntausende wahllos nach Lust und Laune ins Gefängnis werfen; die in jeder Provinz Konzentrationslager errichtet haben, wo gefoltert und gemordet wird; die die amerikanischen Gratis-Nahrungsmittellieferungen seit Jahren dazu mißbrauchen, die Kassen der katholischen Klöster und Erzbistümer und ihre eigenen Taschen zu füllen; die sich auf eine Gestapo stützen, die ihr Namensvorbild in den Schatten stellt.

Alles das hat Amerika geduldet und bezahlt im Namen des Antikommunismus. Es hat nichts gelernt aus der sehr parallelen Geschichte Südkoreas, wo es ebenfalls jahrelang die blutige Diktatur des schrecklichen *Syngman Rhee* mit ungezählten Dollar-Millionen finanzierte, bis es zur Revolution kam.

Die Wahrheit von Söul ist auch die Wahrheit von Saigon, und sie kommt nun endlich an den Tag: *daß man sich entscheiden muß, was wichtiger ist, der Antikommunismus oder die Freiheit, und daß diese beiden Begriffe sich nicht zu decken brauchen*; daß es eine Lüge ist, wenn man unbesehen ein antikommunistisches Regime als ein freiheitliches bezeichnet und daß der Begriff ‚Freie Welt‘ seit Jahren die Tatsache verbirgt, daß dort Regimes existieren, deren terroristische Praktiken der kommunistischen Unterdrückung in keiner Weise nachstehen, ja, sie sogar in einzelnen Fällen noch übertreffen.

: Nicht nur der amerikanischen öffentlichen Meinung ist diese harte Wahrheit jahrelang und jahrzehntelang verschleiert worden. Wir kennen auch uns näherliegende Fälle ...

Kurz zuvor hatte Frankreichs Staatschef den Amerikanern eine Lektion erteilt, indem er erklärte, das Volk von Vietnam könne nur Ruhe finden, wenn es sich befreie von den ausländischen Einflüssen. Nur so könne es daran denken, seine Einheit wieder zu finden. *De Gaulle* sprach damit etwas aus, was jeder Kenner Südostasiens längst weiß: daß es der Ausbau Südvietsams zu einer amerikanischen Militärbasis ist, was das Nordvietnam *Ho Chi Minhs* notwendigerweise in die Arme Pekings treiben muß und daß es die bisherige amerikanische Politik in Saigon war, die es China ermöglichen sollte, in Hanoi Fuß zu fassen. Wer Peking aus Hanoi vertreiben will, muß sich mit der Neutralisierung ganz Vietnams abfinden. (Die Anwendung dieses Gedankens auf andere geteilte Staaten, auch in Europa, liegt auf der Hand!)

Hier wird nun der dritte Aspekt der Wahrheit von Saigon sichtbar — die Verknüpfung der amerikanischen Weltpolitik mit der amerikanischen Innenpolitik. Es ist sehr wohl denk-

bar, daß Amerikas Präsident genau sieht, was getan werden sollte. Aber er kann es nicht tun, weil er bereits im Vorfeld der amerikanischen Präsidentenwahlen steht und seine innenpolitischen Gegner nur darauf warten, ihn in den südvietnamesischen Sack zu stecken.

Die übrige Welt erkennt mit Schrecken, daß ein amerikanischer Präsident aus Wahrücksichten gehindert werden kann, eine vernünftige Asienpolitik zu treiben. So rächen sich die Irrtümer und Mißgriffe der Vergangenheit unerbittlich auch dann, wenn die bessere Einsicht sich eingestellt hat.“

HINWEISE

Der Gewerkschafter, die Monatsschrift für die Funktionäre der IG Metall, hat den Hauptteil der Nr. 9/1963 dem Thema „Automation und technischer Fortschritt in Deutschland und in den USA“ gewidmet; es werden dort die Ergebnisse der Tagung veröffentlicht, die in diesem Frühjahr unter Beteiligung hervorragender Fachleute aus den beiden Staaten in Frankfurt stattfand.

„Von der Gewerkschaft zur Arbeitsfront und zum Widerstand“ heißt eine beachtenswerte

historische Arbeit, die Prof. *Erich Kosthorst* in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ der Wochenzeitung *Das Parlament* (Nr. 18/1963) veröffentlichte und die jetzt auch als Sonderdruck der „Schriften der Bundeszentrale für politische Bildung“ (Bonn, Königstraße 85) verbreitet wird.

„Bemerkungen eines Soziologen zur Frage der Arbeitsmoral“ hat Prof. *René König* in Heft 6/1963 der Monatsschrift *Sozialer Fortschritt* (Verlag Duncker & Humblot, Berlin und München) veröffentlicht. Die Untertitel deuten den reichen und für uns wesentlichen Inhalt der Untersuchung an: Arbeitsdisziplin erstaunlich effizient — Gründe der Fluktuation — Was ist unter „Betriebsklima“ zu verstehen? — Motivation von Gastarbeitern — Militärische Disziplin in vielen Betrieben — Gewandelter Status des Arbeiters.

Unter dem Titel *Für Sie gelesen* veröffentlicht das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (Bonn, Kaiserstraße 185, Referat I A/5) seit August 1963 eine kleine Monatsschrift mit einschlägigen Nachdrucken — vor allem zum Thema Entwicklungshilfe — aus deutschen Büchern und Zeitschriften; die von *Hermann Ziock* redigierte Zeitschrift wird auf Wunsch kostenlos zugestellt. *W. F.*